

Schluss mit Atomkraft – Energiewende jetzt!

Vor 36 Jahren brachte der atomare GAU in Tschernobyl Tod, Krankheit und verstrahlte Erde über weite Teile Europas, doch er bewirkte leider kein Umdenken der politisch Verantwortlichen. Erst nach der Atomkatastrophe von Fukushima am 11. März 2011 wurde auf Druck eines breiten zivilgesellschaftlichen Widerstands der Beschluss von CSU, CDU und FDP zur Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken zurückgenommen, in Bayern wurde das Atomkraftwerk Isar 1 abgeschaltet und der Atomausstieg Deutschlands für das Jahr 2022 beschlossen.

Doch nun fordern der bayerische Ministerpräsident Markus Söder und weitere Repräsentanten von CDU und FW, die Atomkraftwerke in Deutschland „*drei, vier oder fünf Jahre länger*“ laufen zu lassen. Es wird behauptet, Atomenergie sei „*billig, sicher und absolut klimafreundlich*“.

Es ist völlig absurd, angesichts der nuklearen Bedrohung durch AKW im Kriegsgebiet der Ukraine und russischer Atombomben-Drohungen, eine neue Laufzeitverlängerungsdebatte aufzubringen! Tschernobyl und Fukushima sind der Beweis, dass die Atomkraft nicht beherrschbar ist. Gerade in der Ukraine ist die nukleare Bedrohung angesichts des russischen Angriffskrieges nun wieder größer geworden. Atomkraftwerke sind schon im Normalbetrieb eine Hochrisikotechnologie – erst recht sind sie nicht auf Kriege ausgelegt: verirrte Geschosse oder längere Stromausfälle und ein Versagen der Kühlsysteme können eine atomare Katastrophe für ganz Europa bedeuten. Bis heute gibt es weltweit keine sicheren Endlager.

Atomkraft ist auch ohne Krieg gefährlich, mit unkalkulierbaren Risiken für die nachfolgenden Generationen! Laufzeitverlängerungen sind sicherheitstechnisch und organisatorisch nicht sinnvoll, denn es fehlen Brennstäbe und Personal, Sicherheitsüberprüfungen wurden angesichts der geplanten Abschaltung Ende 2022 in letzter Zeit nicht mehr durchgeführt. Die Atomkraft würde auch nur einen minimalen Beitrag zu unserer Energieversorgung beitragen und könnte nicht einmal ansatzweise russisches Gas ersetzen. Zusätzlich zeigt der aktuelle BUND-Uranatlas, dass etwa 40 Prozent der europäischen Uranimporte aus Russland und Kasachstan stammen.

Atomkraftwerke behindern darüber hinaus durch ihre schlechte Regelbarkeit die Einspeisung durch Wind und Sonne und bremsen so die notwendige Energiewende. Auch rein wirtschaftlich betrachtet ist Strom aus Atomkraft mit viermal so hohen Stromgestehungskosten wie bei Onshore-Windanlagen und Photovoltaik keine Option.

Der BUND Naturschutz ist erschüttert, wie geschichtsvergessen und umweltpolitisch desaströs mit der aktuellen und fachlich völlig unsinnigen Debatte Stimmung für eine lebensgefährliche und unbeherrschbare Technologie gemacht wird.

Nur der naturverträgliche und dezentrale Ausbau von Photovoltaik und Windkraft – vor allem dezentral und in der Hand von Bürger*innen – sichert eine günstige, klimaneutrale und unabhängige Energieversorgung. Deshalb benötigen wir jetzt eine Kraftanstrengung für die Zukunft: für ein klimaneutrales, von fossilen Brennstoffen inklusive Fracking und Atomkraft unabhängiges Bayern!

Die Delegiertenversammlung fordert daher aufgrund der weltweiten Gefährdungen den vollständigen Ausstieg aus der Atomkraft in Deutschland, Europa und der ganzen Welt.

Dafür müssen unter anderem die AKWs und die noch unbefristet genehmigten Anlagen zur Urananreicherung in Gronau, die Brennelementefabrik in Lingen und der Forschungsreaktoren auch für Kernfusion umgehend abgeschaltet und der Atomausstieg im Grundgesetz verankert werden. Denn es gibt keine Trennung von ziviler und militärischer Nutzung der Atomenergie, da unter anderem durch den Betrieb von AKWs waffenfähiges Material entsteht. Außerdem fordern wir den Abzug der Atomwaffen aus Büchel und deshalb keine neuen Kampfbomber im Rahmen der nuklearen Teilhabe für die Bundeswehr, die Beendigung des Atomfördercharakters bei der Internationalen Atomenergie Organisation (IAEO) und Euratom und den Beitritt der Bundesrepublik zum Atomwaffenverbotsvertrag.

Die Delegiertenversammlung fordert für den Ausbau der Erneuerbaren Energien:

- Öffentliche Gebäude verbrauchen oft unkontrolliert und verschwenderisch viel Energie. Die bayerische Staatsregierung muss mit einer Sanierungs- und Umrüstungsoffensive sowie durch Schulungen für Mitarbeitende diesen Verbrauch reduzieren.
- Breit angelegte Energiesparkampagne der bayerischen Staatsregierung für alle bayerischen Haushalte: Eine intensive Energiesparberatung für jeden Haushalt und jedes Unternehmen soll parallel starten und verpflichtend werden.
- Die bayerische Industrie muss zur Energieeinsparung verpflichtet werden.
- Um die erneuerbare Energieversorgung Bayern ohne überdimensionierten Ausbau der Übertragungsnetze zu realisieren und um Belastungen für alle Landkreise fair zu verteilen, soll die Staatsregierung die weitestgehende bilanzielle energetische Eigenversorgung aller bayerischen Landkreise als Ziel ausrufen. Das schließt Import und Export von Strom in andere Regionen explizit nicht aus. Zusätzlich sollen die Flexibilisierung und die Versorgungssicherheit durch die weitere Förderung von Gas-, Wärme- und Stromspeicher gefördert werden.
- Ende der Blockade des Windkraftausbaus in Bayern durch sofortige Abschaffung der 10H-Regel: Über die Hälfte des bayerischen Energiebedarfs kann dadurch bis 2040 auf weniger als 2% der Landesfläche mit Windkraft gedeckt werden.
- Beschleunigung der Regionalplanung zur Ausweisung von Vorranggebieten für den Klimaschutz, zur Klimawandelanpassung und zur Errichtung von Windkraftanlagen in allen Regionen, sowie der Förderung von Photovoltaik und der Nutzung von Biomasse aus Reststoffen, Blümmischungen und Klee gras.
- Solarpflicht für alle Neubauten und alle bestehenden öffentlichen Gebäude: Bayern kann bis 2040 weitere 40% der benötigten Energie aus Solarenergie beziehen.
- Eine Aus- und Fortbildungsoffensive für Solar-, Windkraft-, Sanitär- und Baubranche sowie in relevanten Dienstleistungssektoren: Für den benötigten Umbau des Energiesystems und der Umsetzung der Effizienzmaßnahmen werden qualifizierte Arbeitskräfte in allen Bereichen benötigt. Auch in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen ist die Befassung mit den Themen Energiesparen, Effizienz und erneuerbarer Energien auszubauen.
- Wir fordern den Ausbau der erforderlichen Speichertechnologien und der lokalen Stromnetze, damit die volatile Stromerzeugung der Erneuerbaren Energien auch vollständig genutzt werden kann.
- Des Weiteren fordert die Delegiertenversammlung die Ausrichtung der Energiepolitik, die als Grundlage die Suffizienz hat.